



Vizepräsidenten des BdV fordern Ende der Kampagne gegen Erika Steinbach MdB

Zur Kampagne gegen BdV-Präsidentin Erika Steinbach MdB erklären die BdV-Vizepräsidenten Christian Knauer, Landrat Aichach-Friedberg, CSU und Albrecht Schläger, MdL a. D., SPD:

Wir fordern das Ende der Medienkampagne in Polen gegen Präsidentin Erika Steinbach. Wir finden die speziell in Polen verursachte Massenpsychose gegen Erika Steinbach unerträglich und durch nichts gerechtfertigt.

Der BdV und seine Präsidentin haben zu den meisten Staaten, aus denen Deutsche vertrieben wurden, nachweislich ein gutes Verhältnis, so u.a. zur Slowakei sowie zu den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Im ungarischen Parlament sprach Erika Steinbach auf Einladung der Parlamentspräsidentin, die mit der Ehrenplakette des BdV ausgezeichnet wurde. Im tschechischen Außenministerium wurde wiederholt bestätigt, dass man Erika Steinbach und dem ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN neutral gegenübersteht. Dort ist man weder pro noch kontra, sondern betrachtet das Ganze als eine rein innerdeutsche Angelegenheit.

Wir fordern die Kritiker Steinbachs auf, darzulegen, was ihre vehemente Ablehnung Erika Steinbachs begründet. Bei entsprechenden Anfragen wurden seit Wochen keine Fakten genannt.

Es ist eine Tatsache, dass die Präsidentin seit ihrer Amtsübernahme 1998 einerseits radikales Gedankengut innerhalb des Verbandes ausgemerzt und andererseits die Beziehungen zu den Staaten, aus denen Deutsche vertrieben wurden, maßgeblich verbessert hat. Der frühere polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski, der aus der Vergangenheit her durchaus seine Verdienste aufweist, hat sich durch seine Kampagne gegen Erika Steinbach und vor allem durch den Vergleich Erika Steinbachs mit dem Holocaust-Leugner Richard Williamson selbst disqualifiziert.

Ein letzter Beweis für die lautere Geradlinigkeit Steinbachs: Die erste große Ausstellung des von ihr initiierten ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN mit dem Namen „Erzwungene Wege“ zeigt überdeutlich, was gerade das polnische Volk durch Hitlerdeutschland alles erleiden musste, u.a. auch Vertreibungen.

Wir rufen die verantwortlichen Politiker in Deutschland und Polen auf, schnell zur Sachlichkeit zurückzukehren, weil ungerechte Vorwürfe dem gemeinsamen Weg Polens und Deutschlands in eine gute Zukunft schaden.

PRESSEMITTEILUNG

26. Februar 2009

www.Bund-der-Vertriebenen.de

Herausgeber:
Bund der Vertriebenen
Vereinigte Landsmannschaften
und Landesverbände e.V.
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn

Telefon (0228) 8 10 07 26
Mobil (0175) 6 69 36 41
Telefax (0228) 8 10 07 52